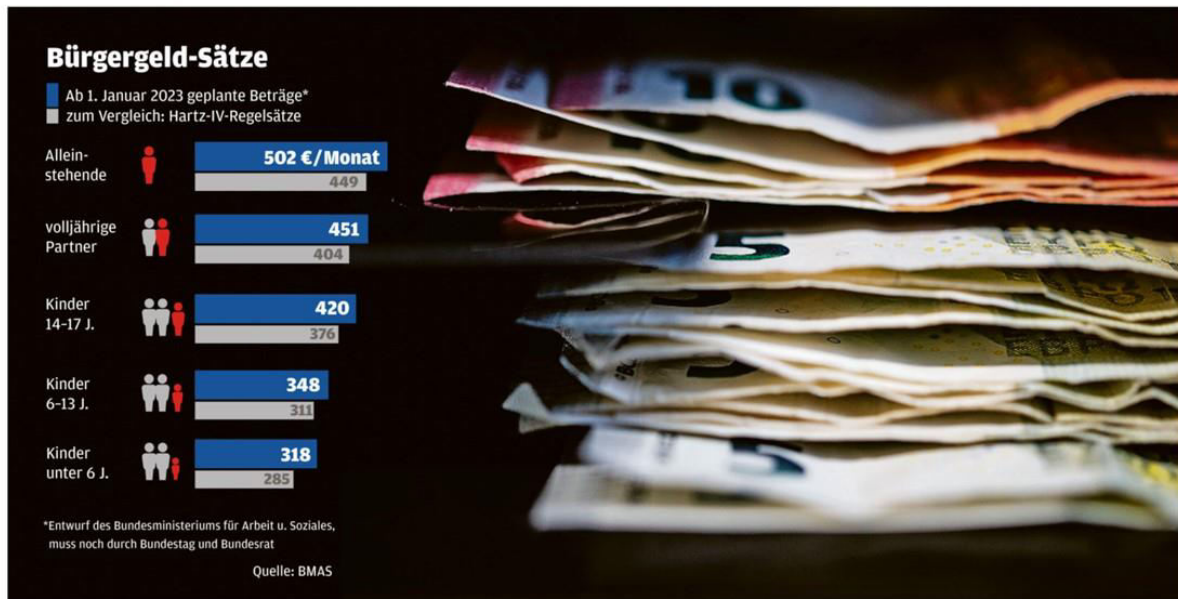


Union und Ampel ebnen nach zähen Verhandlungen Weg für das neue Bürgergeld

Kompromiss in letzter Minute



Von Kerstin Münstermann und Hagen Strauß

BERLIN. Die Verhandlungen fanden unter Hochdruck statt – doch quasi in letzter Minute wurden Kompromisse zur größten Sozialreform dieser Wahlperiode gefunden. Nun können sich Millionen Beziehler von Hartz-IV-Leistungen auf eine Erhöhung ihrer Bezüge freuen.

So soll es unter anderem künftig ab dem ersten Tag Sanktionen in Form von Leistungsentzug geben können – ohne Ausnahmen. Die von der Ampel vorgesehene Vertrauenszeit von sechs Monaten, in der es etwa bei Pflichtverletzungen keine Leistungsminderungen geben sollte, soll gänzlich entfallen. Die Karenzzeit mit mildereren Regelungen, ur-

sprünglich für 24 Monate angesetzt, soll nur noch 12 Monate betragen. Beim damit zusammenhängenden Schonvermögen setzte die Unionsseite den Angaben zufolge eine Kürzung von 60 000 Euro auf 40 000 Euro durch. Die großzügigeren Zuverdienstgrenzen während des Bürgergeldbezugs –

etwa für betroffene Jugendliche, die nebenbei jobben – sollen bestehen bleiben. Darauf hatte vor allem die FDP gepocht.

Den formalen Beschluss muss allerdings der Vermittlungsausschuss fällen, der am Mittwochabend tagt.

„Wir haben auf die Vertrauenszeit verzichtet, um

Laumann begrüßt Lösung

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) befürwortete den Wegfall der sechsmonatigen Vertrauenszeit, in der keine Sanktionen verhängt werden sollen. „Nicht, weil es falsch wäre, Vertrauen in die Menschen zu haben. Aber es ist wichtig, vom ersten Tag an das Signal

zu setzen, dass man erwartet, dass Grundsicherungsempfänger alles in ihrer Macht Stehende tun und die angebotenen Hilfen annehmen, um sich aus ihrer Situation zu befreien.“ Die Arbeitgeber begrüßten den Kompromiss beim Bürgergeld ebenfalls.

einen gemeinsamen Kompromiss und Mehrheiten im Vermittlungsausschuss zu finden“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann. „Ich bedaure das sehr.“ SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Katja Mast sprach von einem „tragfähigen Kompromiss im Sinne der Sache“. FDP-Parlamentsgeschäftsführer Johannes Vogel sagte, es sei gelungen, „ein gutes Gesetz noch besser zu machen“. Es gebe nun einen Vorschlag für mehr Leistungsgerechtigkeit und Aufstiegschancen.

Die Union wiederum sieht den Kompromiss als Erfolg. Fraktionsvize Jens Spahn (CDU) sagte unserer Reaktion: „Wir haben als Union für Fairness gesorgt: Wer arbeiten kann, soll sich auch einbringen müssen.“ Spahn betonte weiter, wer sich dem

verweigere, „muss mit finanziellen Kürzungen rechnen“. Die Idee von Hartz IV bleibe damit erhalten, „es bleibt beim Fördern und Fordern ab dem ersten Tag“.

Der Sozialverband VdK kritisierte hingegen die härteren Maßnahmen. „Zum neuen Eingliederungsprozess sollte nach der ursprünglichen Planung auch gehören, dass Sanktionen nicht gleich von Anfang an in voller Wucht auf die Antragsteller treffen, sondern es hier ein gestuftes Verfahren geben sollte.“

Das hätte nach Meinung des VdK zu einer besseren Zusammenarbeit, zu mehr Vertrauen und damit schlussendlich zu einer nachhaltigen Integration in Arbeit führen können“, sagte VdK-Präsidentin Verena Bentele unserer Redaktion.